

## VERTRAULICH

Beauftragter für sicherheitspolitische  
Sonderfragen

3003 Bern, 27.6.91

Reise einer SIPOLEX-Gruppe nach Moskau (12.-18.6.91): Hauptbericht

### 1. Anlass, Zielsetzungen, Ablauf

Es handelte sich um die dritte Reise einer SIPOLEX-Gruppe nach Moskau, die wegen des Besuches von BR Felber in Moskau vom Herbst 1990 auf den Frühsommer 1991 hatte verschoben werden müssen.

Für Teilnehmer, Gesprächspartner und Programm siehe Beilage.

Es wurden zwei Hauptzielsetzungen verfolgt:

- (1) Erkennen der sowjetischen Positionen in wesentlichen Fragen der internationalen Sicherheitspolitik
- (2) Erkennen der innenpolitischen Lage und Stimmung in der UdSSR unmittelbar nach der Wahl Jeltsins zum Präsidenten der RSFSR

Beachtenswert erscheint, dass das Ausbildungsprogramm des EMD in der UdSSR offenbar über einen guten Ruf verfügt. Wir wurden (mit der traditionellen Ausnahme der Generalstabsakademie) von allen Dienststellen empfangen, mit welchen wir Gespräche wünschten. Ferner wurden wir in zwei Fällen auf deutlich höherem Niveau empfangen als von sowjetischer Seite ursprünglich in Aussicht gestellt wurde. Insbesondere wurde die Delegation auch von Vize-Aussenminister Karpov persönlich in seinem Büro für ein längeres Gespräch empfangen.

### 2. Allgemeine Beurteilung, Anregungen

Die Reise nach Moskau hat sich erneut als eine äusserst nützliche Institution erwiesen. Das Programm kann nun als völlig ausgereift betrachtet werden. Derartige Reisen sind zwingend in jährlichem Abstand zu wiederholen. Der Juni-Termin ist dem früher gewählten November-Termin vorzuziehen.

Wesentlich erscheint inskünftig zusätzlich auch das Aussenministerium (allenfalls auch weitere Dienststellen) der RSFSR zu besuchen. Von Seiten der schweizerischen Botschaft in Moskau wird dies als völlig unbedenklich und als nützlich betrachtet.

### 3. Erkenntnisse

#### 3.1. Innenpolitische Lage

- In der Bevölkerung und bei den Vertretern der besuchten führenden Forschungsinstitute herrschte sehr starke Befriedigung über die Wahl Jeltsins im ersten Wahlgang zum Präsidenten der RSFSR vor. Der schweizerische Botschafter meinte, es sei von einem eigentlichen Stimmungsumschwung in der ganzen Stadt, wohl im ganzen Land zu sprechen. Jeltsins Wahl wird, nach den stürmischen Märztagen (als ein Coup befürchtet wurde) und nach der "9+1-Vereinbarung" vom 23.4.91 als wesentlicher weiterer Schritt in Richtung Festigung des Kurses hin zu Demokratie und Marktwirtschaft gesehen. Damit wird sie gleichzeitig auch als Scheitern des Versuches linkskonservativer Kreise betrachtet, das Land wieder in ein totalitäres System zurückzuzwingen. Mehrere Gesprächspartner erklärten, nun sein ein Putsch nicht mehr möglich. Ein Gesprächspartner meinte gar, die russische Bevölkerung habe am 12.6.91 die Sicherheitsprobleme des Westens definitiv gelöst.





VERTRAULICH

- 2 -

- Diese eher euphorische Stimmung ist aber eher als Zeichen der Erleichterung darüber zu lesen, dass man aus einem dunklen Tal wieder herausfindet. Faktisch ist Jeltsin nun mit einem sehr hohen Erwartungsdruck konfrontiert, ohne dass er zwingenderweise über die notwendigen Mittel verfügen würde, diesen Erwartungen schnell gerecht zu werden. So würde auch eine schnelle Liberalisierung der russischen Landwirtschaft zB nicht dazu führen, dass sich die Versorgungslage bereits im kommenden Winter verbessert. Es bleibt abzuwarten, wie die Bevölkerung auf eine sich nur langsam (wenn überhaupt) verbessernde konkrete Versorgungslage reagieren wird. Unzweifelhaft ist hingegen, dass Jeltsin sein signifikant gestärkte Position dazu verwenden wird, die Rechte der Republiken (zulasten der Prärogativen der Union) auszubauen, einen schnellen Uebergang zu wirklich demokratischen Institutionen und marktwirtschaftlichen Strukturen zu forcieren und eine Reduktion der Macht der linkskonservativen Nomenklatura zu erzwingen zu versuchen.
- Eine schnelle Beseitigung des gesetzgeberischen und verfassungsrechtlichen Chaos erscheint wenig wahrscheinlich. Die Ausarbeitung eines neuen Unionsvertrages und einer neuen verfassung wird wohl nicht nur einige Wochen, wie optimistisch gehofft wird, in Anspruch nehmen, sondern könnte sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen.
- Tatsächlich ist der innenpolitische Machtkampf nach wie vor in vollem Gange und mit Gegenzügen der linkskonservativen Kräfte muss nach wie vor gerechnet werden. Diese dürften ihre Chancen in der gegenwärtigen warmen Jahreszeit (in welcher die Versorgungslage etwas entspannter ist) skeptisch beurteilen. Sie dürften vielmehr hoffen, im Herbst und Winter ihr Druckpotential wieder besser ausspielen zu können, insbesondere falls das Land sich im Winter erneut einer schweren Versorgungskrise ausgesetzt sehen sollte (wovon auszugehen ist) und falls es gelingt, Jeltsin immer wieder in der praktischen Implementierung seines Programmes zu behindern und zu verzögern (und damit Jeltsin daran zu hindern, den auf ihn gesetzten Erwartungen gerecht zu werden).
- Die Versorgungslage ist in Moskau heute deutlich besser als im vergangenen Dezember. In den Staatsläden hat sich das Warenangebot erweitert und ist regelmässiger vorhanden. Die langen Schlangen sind aus dem Stadtbild weitgehend verschwunden. Dies ist jedoch nicht mit einer wirklichen Lageverbesserung gleichzusetzen. Vielmehr tragen zwei Faktoren hierfür die Verantwortung:
  - (1) Die Jahreszeit. Das Angebot an Agrargütern erhöht sich natürlicherweise wieder.
  - (2) Die Preiserhöhungen, welche auf den 1.4.91 verfügt wurden. In den Staatsläden stiegen die Preise um durchschnittlich vielleicht 300 % an. Auf den alternativen, privatwirtschaftlich organisierten Märkten stiegen die Preise um 50-1500 % an. Da die Bevölkerung nur mit dem April und dem Mai-Salär eine Teuerungszulage von je 60-80 Rubel erhielt (ob auch im Juni eine solche Zulage ausbezahlt wird, war sehr offen) hat sie schlicht und einfach nicht genügend Geld, um vom verbreiterten Warenangebot zu profitieren. Die Schlangen sind nicht deswegen verschwunden, weil man ein ausreichendes Angebot vorfindet, sondern weil man sich die Waren gar nicht mehr leisten kann. Zahlreiche Grundnahrungsmittel sind zu Luxusgütern geworden.

Gleichzeitig kursieren bereits Gerüchte, über eine weitere Runde von Preiserhöhungen im Spätsommer/Herbst.



VERTRAULICH

- 3 -

- Konkret bedeutet dies, dass die Bevölkerung nicht in der Lage ist, die jahreszeitlich bedingte verbesserte Versorgungslage zum Anlegen von Notvorräten für den Winter zu verwenden. Verdichten sich die Gerüchte über weitere Preiserhöhungen, dürfte zudem schnell das Angebot wieder abnehmen und die Lage zusätzlich komplizieren.

Kann die Bevölkerung aber keine Vorräte anlegen, so ist zwingend davon auszugehen, dass der nächste Winter noch erheblich härter sein wird und eine grössere Versorgungskrise bringt als der vergangene Winter.

Es erscheint durchaus denkbar, dass im kommenden Winter nicht nur (wie im letzten Winter) die sozialen Randgruppen (Pensionäre, alleinerziehende Mütter etc.) vor dem Problem des Hungers stehen, sondern auch erhebliche Teile der aktiven Bevölkerung. Lediglich die Versorgung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die sich auf irgendeine Art Devisen verschaffen können, bzw durch - legale und illegale - privatwirtschaftliche Aktivitäten schnell zu Geld kommen können, scheint sichergestellt (da diese Gruppe sich die astronomischen Preise der alternativen freien Märkte leisten kann - auf welchen 1 Zitrone zB 15 Rubel kostet).

Dies wirft ganz konkret für den Westen, aber auch für die Schweiz, die Frage auf, wie wir uns in einem zweiten harten sowjetischen Winter verhalten sollen. Es erscheint empfehlenswert, hier bereits vorbehaltene Entschlüsse auszuarbeiten, um für diesen Fall eine klare Strategie zu haben und möglichst zeitverzugslos und effizient reagieren zu können. Hierbei ist unter "effizient" vor allem auch zu verstehen, dass sichergestellt werden muss, dass eine etwaige Hilfe tatsächlich vollumfänglich der notleidenden Bevölkerung zugute kommt und nicht etwa den linkskonservativen Apparat stützt (und damit notwendige Reformen verhindert).

### 3.2. Sicherheitspolitische Erkenntnisse

- Der politische Teil des Warschauer Paktes soll ebenfalls aufgelöst werden. Die UdSSR wird anlässlich der nächsten Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses des WAPA in Prag anfangs Juli hierzu ihr Einverständnis geben. Da die Auflösung von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss, könnte sich die definitive Auflösung aber dann noch einige weitere Monate hinziehen.
- Die Rüstungskontrolle wird von der Mehrzahl der Gesprächspartner nicht mehr als prioritäres Element der Aussenpolitik, bzw als Schrittmacher der internationalen Beziehungen betrachtet.

Die UdSSR strebt einen Vertragsabschluss bei START an. Die offenen Fragen werden hier als technischer Natur bezeichnet (Telemetriedaten, Definition "neuer" Raketen, Verifikation). Ein Termin, bis wann diese Probleme gelöst sein dürften, wurde nicht genannt. Es entstand eher der Eindruck, dass eine Bereinigung in der unmittelbaren Zukunft, was ein Gipfeltreffen noch im Juli gestatten würde, nicht erwartet wird, sondern dass Bereinigung und damit Gipfeltreffen noch mehr Zeit benötigen. Ein Gipfel dürfte ab September wahrscheinlicher sein als im Juli.

Die Probleme im Rahmen des CFE-I-Vertrages werden als gelöst bezeichnet. Der Vertrag dürfte nun ratifiziert werden (aber im Obersten Sowjet auch auf Widerstände stossen, die jedoch nicht entscheidender Natur sein dürften).

Bei CFE Ia wird die Zeit allmählich knapp. Es ist davon auszugehen,



VERTRAULICH

- 4 -

dass alle Beteiligten einfach die von ihnen für ihre eigenen Streitkräfte (Personal) angestrebten Obergrenzen angeben werden und man dann, sofern diese nationalen Vorschläge nicht allzu kontrovers sind, sich auf diese Zahlen einigt.

Die Post-Helsinki-Verhandlungen ("CFE II") sollen alle 35 Staaten umfassen. Die UdSSR verlangt den Einbezug der Marinestreitkräfte. Bei den Landstreitkräften strebt sich keine weiteren quantitativen Reduktionen an (da die UdSSR gar nicht in der Lage ist, noch mehr Material zu vernichten - und hierzu auch kaum willens sein dürfte). Die Kriterien des Madrider Mandates werden von der UdSSR als gültige Grundlage für diese Verhandlungen betrachtet. Es wird der Einbezug qualitativer Parameter gefordert.

Im Bereich der chemischen Waffen glaubt man an den Abschluss einer umfassenden Verbotskonvention bis Mitte nächsten Jahres. Die UdSSR werde hier zusammen mit den USA rechtzeitig einen "package deal" einreichen. Das Problem, wie die UdSSR ihre Bestände an chemischen Waffen vernichten kann, bleibt bestehen. Es wird hier angeblich ernsthaft die Möglichkeit erwogen, C-Waffen durch unterirdische Nuklearexplosionen zu vernichten.

Auf START soll - während der Ratifikationsperiode - eine Fortsetzung des Dialoges, der dann in START-II-Verhandlungen übermünden soll, folgen. Mögliche Hauptzielsetzung von START II wäre eine weitere Reduktion der MIRV-Zuladungen.

Die UdSSR lehnt eine Erweiterung der Genfer Abrüstungskonferenz vor Abschluss der C-Waffen-Konvention ab. Dies tangiert die Schweizer Kandidatur.

Die UdSSR ist aber für einen Einschluss der Neutralen in die Open-Skies-Verhandlungen.

- Das sowjetische Militärbudget (inkl Kosten des militärisch-industriellen Komplexes) soll nach Schätzung eines Experten eines sowjetischen Forschungsinstitutes 50 % des BSP betragen.
- Die UdSSR sei, nach Aussagen des gleichen Experten, sicherlich nicht in der Lage, das Material, welches hinter den Ural verlegt wurde, zu warten oder in Unterständen unterzubringen. Binnen zwei Jahren dürfte dieses Material (rund 70'000 Stück Grosskampferät) unbrauchbar sein. Das Material sei nicht einmal systematisch gelagert (etwa in Form von Einheitssätzen), sondern zT einfach neben Strassen und Bahngleisen auf offenem Feld abgestellt (wobei neben einem Panzer plötzlich ein Flugzeug abgestellt sein könne).

Die UdSSR müsse unter CFE 19'300 Stück Grosskampferät vernichten. Zähle man das Material hinter dem Ural hinzu, so müssten 90'000 Stück Grosskampferät verschrottet oder einer anderen Verwendung zugeführt werden. Während der CFE-Implementierung (40 Monate) würden aber 30'000 weitere Stück Grosskampferät (völlig sinnlos) produziert werden, so dass man insgesamt vor einem Berg von 120'000 Stück Grosskampferät stehe, mit dem man nichts anfangen könne. Die Konversion der Rüstungsindustrie sei auch nicht ansatzweise gelungen. Hier, beim wirtschaftlich und politisch notwendigen Abbau des völlig aufgeblähten militärisch-industriellen Komplexes könnte der Westen am wirkungsvollsten helfen.

Im Grunde müsste die UdSSR sogar noch mehr Material verschrotten. Früher habe die Ratio an Grosskampferät 2:1 für den europäischen gegenüber dem asiatischen Teil der UdSSR gelautet. Heute sei das genau umgekehrt. Logischerweise müsste man auch im asiatischen Teil abbauen. Hierzu sei man aber gar nicht in der Lage.



- Alle Vertreter der Forschungsinstitute betrachteten die innere Lage in der UdSSR als das wesentlichste sicherheitspolitische Problem Europas. Ein Gesprächspartner dieser kritischen Gruppe meinte gar, dass die Probleme des Baltikums nur durch eine Anwendung von KSZE-Prinzipien und eine "Europäisierung" der Frage gelöst werden könnten, da zwischen der UdSSR und den Balten "Blut liege" (Blood is between us).

Umgekehrt schimmerte - gerade bei den offiziellen Vertretern - immer noch Sorge bezüglich der NATO durch. Die Schaffung eines Rapid Reaction Corps wurde leicht als Schaffung eines - potentiell aggressiv gegen die UdSSR und ihre Interessen gerichteten - Rapid Deployment Corps missverstanden und zudem in den Kontext der Kopenhagener Erklärung der NATO bezüglich Ost- und Mitteleuropa gestellt. Alte Bedrohungsängste sind - ganz ausgeprägt bei den Militärs, spürbar auch bei anderen Gesprächspartnern - immer noch vorhanden.

- Alle Vertreter der Forschungsinstitute stimmten überein, dass die UdSSR sehr wahrscheinlich bald von ihrer Forderung gegenüber Polen, Ungarn und der CSFR abweichen werde, dass diese in den geplanten neuen bilateralen Verträgen einem Artikel zustimmen müssten, welcher deren aussenpolitische Souveränität faktisch beschneiden würde.
- Die grossen Probleme im Zusammenhang mit der Rückführung der Gruppen der Truppen aus dem Vorfeld hätten, so wurde am Institut für die USA und Kanada (welches hier in der Vergangenheit sehr kompetente Aussagen machte) erklärt, dazu geführt, dass die angekündigten Restrukturierungen bei den Verbänden in den westlichen Militärbezirken weitgehend Absicht geblieben seien. Man habe einige Kleinigkeiten verändert, die Divisionen (sofern sie nicht aufgelöst wurden) aber weitgehend in den alten Strukturen belassen.

### 3.3. Atmosphärisches

Besonders hervorzuheben ist, dass erneut ein Besuch der Generalstabsakademie, bzw der Frunze-Akademie verweigert wurde. Zudem zeigte sich General Ladygin, der einzige militärische Gesprächspartner, der uns zur Verfügung gestellt wurde, als sehr verschlossen. Er ging nicht auf ihm gestellte Fragen ein und wiederholte in seinen Äusserungen lediglich stur altbekannte sowjetische Positionen. Sollte dieser Gesprächspartner für die Haltung des sowjetischen Generalstabes typisch sein, so ist dieser noch sehr weit von "neuem Denken" oder einer differenzierteren Weltanschauung entfernt.

*Theodor H. Winkler*

Dr. Theodor H. Winkler  
Delegationschef